



## Haushaltsrede 2017

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren

Sehr betroffen und schockiert hat uns alle der Wahlausgang in den USA. Keine politischen Inhalte, sondern Demagogie hat einen Mann zum Präsidenten gemacht, der jegliche politische Korrektheit vermissen lässt, der Mauern aufbauen will, der ein völlig konservatives Weltbild vertritt.

Ob es uns gelingt, durch unsere Haushaltsreden Bürger und Bürgerinnen zu erreichen, damit unsere politischen Ziele und unsere Unterschiede deutlich werden, können wir nur hoffen- aber es ist zumindest unsere Aufgabe, es zu versuchen.

Im letzten Jahr haben wir in unserer Rede die Sorge von Kiribati aufgegriffen durch die Folgen des Klimawandels überspült zu werden. Diese Bedrohung gilt weiterhin und die Inselstaaten haben in Paris nur zugestimmt aufgrund des Versprechens der reichen Industrienationen deutlich mehr Anstrengungen zu unternehmen, um ihre Treibhausemissionen zu drosseln. Bekanntlich hatte sich die Weltgemeinschaft in Paris auf das 2 bzw. 1,5 Grad Ziel im Klimaschutz geeinigt, um unumkehrbare Folgen zu vermeiden. Nun reist Frau Hendricks als Vertreterin einer solchen reichen Nation ohne Klimaschutzplan mit

leeren Händen nach Marrakesch. Einzelinteressen haben die Verabschiedung des Klimaschutzplanes im Kabinett verhindert, dabei wartet die Wirtschaft dringend auf eine solche Handlungsgrundlage. Mit einer Erklärung wenden sich 41 Unternehmen – darunter die ENBW, die WALA und Alfred Ritter aus unserer Region -an die Bundesregierung. Sie wollen eindeutige Signale, dass und wie die in Paris gemachten Zusagen umgesetzt werden. Sie fordern Planungs- und Investitionssicherheit und einen Plan, der den Weg zu deutlich mehr Energieeffizienz und zum zügigen Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare bis 2050 aufzeigt. Umgekehrt sind sie überzeugt, dass ein solcher Plan „weltweit Ausstrahlung entfalten wird und wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten beitragen kann.“ Wir verkennen nicht die hohen Herausforderungen und die Notwendigkeit eines innovativen Umdenkens und Umlenkens in vielen Bereichen. „In Paris hat ein Marathonlauf begonnen, der eigentlich im Sprinttempo absolviert werden müsste“, schreibt Bernhard Pötter in Le Monde diplomatique.

Vor diesen Herausforderungen stehen wir auch im Landkreis. Wir sind mit unserem Klimaschutzprogramm auf einem guten Weg, den wir kürzlich mit dem Klimaschutz-plus noch bekräftigt haben. Trotzdem werden die geplanten Anstrengungen möglicherweise nicht ausreichen und wir werden noch konsequenter im Blick auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien tätig werden müssen. Um Missverständnissen – wie im letzten UVA - vorzubeugen: Der Ausbau erneuerbarer Energien entlastet nicht vom Energiesparen. Jedes Windrad und jede Photovoltaikanlage verbrauchen bei der Herstellung Ressourcen, die ihrerseits den CO2 Anstieg befördern. Energieneutral zu werden kann nur gelingen, wenn wir auch ressourcenarm produzieren und leben. Die

ständige Evaluation unserer Klimaschutzziele ist geboten, z.B. im Blick auf das angenommene Windkraftpotential.

**A<sub>1</sub>:Ein Zwischenbericht im nächsten Jahr ist dringend erforderlich.**

Genauso wichtig war der Beschluss der UN- Generalversammlung im letzten Herbst, sich zu 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung zu verpflichten. Wir hatten deshalb um eine Information im Kreistag zu dieser Agenda 2030 gebeten. Wir müssen die SDGs, die sustainable development goals kennen, da sie auch die Ziele für das politische Handeln in Kreis und Kommune vorgeben. Klimaschutzziele, Entwicklung und Armutsbekämpfung gehören zusammen. Wir freuen uns über die Ankündigung im Klimaschutzbeirat, dass eine Auseinandersetzung mit den SDGs im Kreistag im Februar stattfinden wird. Die Entscheidungen, die wir im Bereich Klimaschutz treffen, müssen sich auch an ihrer „Globalisierbarkeit“ und an ihrer „Enkeltauglichkeit“ messen lassen.

Der **Nahverkehrsplan** ist auf dem Weg. Wir freuen uns über Echtzeitinformationen an Bahnhöfen und in Bussen, holen wir damit doch einen Standard nach, der in anderen Landkreisen Gang und Gäbe ist. Wir sind gespannt, welche Erkenntnisse wir aus dem Geislinger Modellprojekt gewinnen. Offen ist unsere Vollmitgliedschaft im VVS. Wir unterstützen den Landrat bei seinen Bemühungen alle Entscheidungsbeteiligten an einen Tisch zu bringen. Wir sehen große Potentiale in einer Vollmitgliedschaft, sind uns jedoch im Klaren, dass eine Vollmitgliedschaft auch in einem zukunftsfähigen Finanzkonzept abgesichert sein muss. Der Übergangsfahrplan ab 2017 ist unbefriedigend und bedarf im Blick auf die

Schülerverkehre im Raum Geislingen großer Nachbesserungen, die in der Resolution angemahnt werden.

Im Radverkehr sind wir dank des engagierten Verwaltungshandelns ein großes Stück weiter gekommen. Das betrifft vor allem unsere Freizeitrouten und den Radwanderbus. Im Blick auf das Alltagsradeln zu Schule und Betrieb gibt es noch Nachholbedarf.

**A<sub>2</sub>: Wir bitten deshalb die Verwaltung zügig die Verhandlungen mit den Kommunen über mögliche Radschnellwegrouten aufzunehmen und diese auch mit den Bemühungen der Region Stuttgart zu koordinieren.**

Wie wir in Berlin gehört haben, sind unsere Straßenprojekte A8 und B 10 auf einem guten Weg und scheinen finanziell gesichert. Der Weiterbau nach Geislingen Ost ist noch offen und wir unterstützen die Landkreisverwaltung bei ihrem Bemühen ein sinnvolles Gesamtprojekt auf den Weg zu bringen.

### **Nitrat im Grundwasser**

Diese Woche kam ein erschreckender Bericht über den Zustand unserer Böden aufgrund eines zu hohen Düngemiteleintrages der Landwirtschaft. Gibt es hierzu Erkenntnisse im Landkreis Göppingen? Wir

**A<sub>3</sub>: beantragen einen Bericht.**

Das **Abfallwirtschaftskonzept** des Landkreises ist überarbeitungsbedürftig-zu dieser Einsicht ist zumindest die Verwaltungsspitze und der neue Leiter des AWB gekommen. Zugesagt

wurde, dies in einer Klausur im 1. Halbjahr 2017 anzugehen. Wir mahnen seit Jahren wenn nicht Jahrzehnten!

Thema Biomüll-der Biobeutel ist gescheitert- dies muss offen zugegeben werden und die Abfallstatistik spricht eine deutliche Sprache. Gerade lächerliche 6 kg Bioabfall pro Kopf wurden im Landkreis gesammelt. Wir haben zwar einen hohen Anteil an Grüngut- dies ist aber auf die teilweise immer noch kostenlose Andienung von Anlieferern außerhalb des Landkreises zurückzuführen. Bei einem weiteren Ausbau der Grüngutsammelplätze und einer geregelten Anlieferung dürfte die Anlieferung von außerhalb zurückgehen und sich ein realistischer Wert für den Landkreis ergeben. Bioabfälle sind stofflich oder energetisch verwertbar und damit ein wichtiger Rohstoff. Hinzu kommt, dass eine Biomüllverwertung günstiger ist als die Verwertung von Restmüll.

Inwieweit der Biobeutel uns tatsächlich durch eine lange Laufzeit des Vertrages erhalten bleiben muss hätten wir gerne gewusst und

**A<sub>4</sub>:beantragen eine rechtliche Überprüfung eines möglichen Ausstieges aus dem Vertrag.**

Einzig sinnvolle Alternative ist die Einführung der Biotonne, aber dies wäre nach dem Ausstieg aus der Beutelsammlung dann der nächste Schritt!

In welchen Fallstricken der Lobbyarbeit sich das seit langem geforderte Wertstoffgesetz befindet, zeigen die aktuellen Entwicklungen der Gesetzgebung. Aus dem Wertstoffgesetz wird ein Verpackungsgesetz, das eine einheitliche Wertstofftonne in weite Ferne rückt. Recyclingquoten werden vage formuliert, Klimaschutz und Ressourcenschonung sieht anders aus!

## Kliniken

Mit Lobbyisten und deren Auswirkungen hat seit Jahren auch unser Gesundheitssystem zu tun. Wenn man sich dieses Geflecht ansieht, besteht wenig Hoffnung, dass sich der Druck auf die Leistungserbringer die nächsten Jahre verringert. Beispiel Kliniken-aus Patienten werden Fallzahlen, die möglichst kurz, aber mit vielen Casemixpunkten behandelt werden sollen. Es werden Ziele formuliert, die einem marktwirtschaftlichen Prinzip folgend, eine Wachstumskurve aufweisen müssen. Ob diese Ziele realistisch und im Sinne des Patienten sind, kann bezweifelt werden.

Um die Alb-Fils-Kliniken aber in kommunaler Hand behalten zu können und gleichzeitig noch die Finanzierung des Neubaus zu sichern, sind wir gehalten, diesen Konsolidierungskurs auch in den Alb-Fils-Kliniken mitzugehen. Die Mahnung des Regierungspräsidiums auf eine *schwarze* Null hinzuwirken, zwingt uns dabei zu sein. Wir müssen diese Problematik immer wieder in der Bevölkerung ansprechen. Denn unsere Kliniken brauchen dringend unsere Unterstützung und eine Charmeoffensive! Im Spannungsfeld zwischen Konsolidierungskurs und Patientenorientierung stehen Mitarbeiter aller Bereiche unter einem enormen Druck.

Personalabbau führt in vielen Bereich insbesondere im Pflegebereich, zu einer Unterbesetzung. Da sehen wir ein deutliches Signal, hier die Ampel auf Rot zu stellen!

An dieser Stelle sei allen Mitarbeitenden ausdrücklich gedankt für ihre nicht immer einfache Arbeit und wünschen uns, dass die Alb-Fils-Kliniken ein attraktiver Arbeitgeber für alle sind.

Für 2017 hoffen wir auf eine zügige Umsetzung der vorzuziehenden Baumaßnahmen.

Die geplante Klausur des Beirats im Frühjahr soll eine intensive Information bringen und einen Austausch über aktuelle Themen.

### **Bauamt mit Rechts- und Ordnungsamt**

Das Bauamt ist in den nicht selbständig zuständigen Städten verantwortlich für die Prüfung von Bauanträgen und Baukontrolle, dies in Zusammenarbeit mit dem Rechts- und Ordnungsamt z. Bsp. wegen Bauens ohne Baugenehmigung oder bei Überschreitungen der genehmigten Verfahren.

Mit Sorge haben wir Beschwerden aus der Bevölkerung und den Kommunen gehört, dass das Ordnungs- und Baurecht doch manchmal sehr eigenwillig von Investoren und Bauherr-n-innen interpretiert wird und dass manchmal weit über das baurechtlich zulässige geplant und vor allem gebaut wird.

**A<sub>5</sub>: Wir beantragen einen Bericht zu der Dauer der Genehmigungsverfahren und zum Ist-Zustand der Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen sowie der Möglichkeiten die Zusammenarbeit mit den Kommunen zu stärken.**

### **Landratsamt 2015+ nun wohl besser 2020++**

Das Ergebnis des Architektenwettbewerbs ist eine gute Basis, um weiter nachzudenken wo wir hin wollen mit den Liegenschaften. Eine moderne Verwaltung sollte kompakt und möglichst an einem Ort als Dienstleister der Bevölkerung zur Verfügung zu stehen.

Nachdem die Analyse ergeben hat, dass es sinnvoll ist noch zusätzlich eine Büroebene dazu zu nehmen, muss aber auch klar sein, dass dies mit Flächen- und Mieteinsparungen an anderer Stelle im langfristigen Gebäudemanagement einhergehen muss.

Darüber hinaus müssen die kontinuierlichen Maßnahmen im Bauunterhalt fortgeführt und eher noch ausgebaut werden, um langfristig die Gebäude gut nutzen zu können.

## **Jugendhilfe**

In Zeiten des demografischen Wandels gewinnt die **Kinder- und Jugendhilfe** ein immer größeres Gewicht. Sie hat laut Dr. Bürger in der KVJS Berichterstattung zum demografischen Wandel einen „klaren Auftrag zur Einmischung in die öffentlichen und politischen Debatten.“ Im bekannten Motto „Keiner darf verloren gehen“ müssen wir mittlerweile die unabdingbare Voraussetzung gesellschaftlicher Zukunftssicherung erkennen.

Unseren sozialstrukturell stark belasteten Landkreis stellt das vor besondere Herausforderungen. Jedes 6. Kind hier ist von Armut betroffen, was die Wahrscheinlichkeit für stationäre Hilfen um das 23-Fache ansteigen lässt. Die Rahmenbedingungen fürs Aufwachsen haben einen direkten und gravierenden Einfluss auf die Entwicklung der Fallzahldynamik. Hier kommt es entscheidend darauf an, die soziale Infrastruktur für Familien und Kinder weiter zu entwickeln und auszubauen. Wir freuen uns, dass es für Familientreffs zusätzliche Mittel im Haushalt gibt, sind diese doch ein Beispiel für ein niedrigschwelliges Angebot.

Leider haben nur 2 von 38 Gemeinden das Angebot des Landkreises, sich auf der Grundlage der **IBÖ** mit der eigenen Sozialstruktur genauer



auseinander zu setzen, in Anspruch genommen. Das Bewusstsein für solche Zusammenhänge sollte sich rasch und konsequent entwickeln, manche bisherige Prioritäten überdacht werden.

27% junger Erwachsener haben keinen berufsqualifizierenden Abschluss, mit weitreichenden Folgen für gesellschaftliche und berufliche Teilhabe. Fallzahlenerhöhungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung und ein Mehrbedarf von 1,4 Mio Euro im Haushalt 2017 sind die Konsequenzen dieser Bedarfslagen, die an Umfang und Intensität in den kommenden Jahren vermutlich weiter zunehmen werden.

Schon jetzt liegt die Inanspruchnahme von Jugendhilfe im oberen Drittel im Landkreisvergleich. Wir befinden uns in der paradox wirkenden Situation, dass immer weniger Kinder, immer größerer Anstrengungen bedürfen. Besonders in der Gruppe der 16 bis 21 Jährigen haben wir die größten Verluste zu verzeichnen. Wesentlich über die Zukunftschancen des Landkreises wird entscheiden, ob es uns gelingt diese Zukunftsträger möglichst ohne Verluste mit reellen sozialen und beruflichen Teilhabechancen in das mittlere Alterssegment der Gesellschaft hineinwachsen zu lassen. Jetzt haben wir noch die Chance diese Gruppe zielgerichtet und umfassend zu fördern, denn ab 2020 geht bekannterweise die demografische Schere in voller Dynamik auseinander.

Der Landkreis stellt in vielen Bereichen die richtigen Weichen. Dennoch wird man die Anstrengungen sowohl innerhalb institutioneller Bildungsträger als auch lebensweltbezogener Bildungsprozesse deutlich verstärken müssen. Eine umfassende und grundlegende,

präventionsorientierte **Jugendhilfeplanung**, wie sie derzeit fortgeschrieben wird, sei hier lobend erwähnt.

Im Hinblick auf einen zunehmenden Anteil an bildungsfernen und migrationsgeprägten Familien wird der Landkreis als ein von Einwanderung geprägter Landkreis, (33% der unter 18 Jährigen haben einen Migrationshintergrund) mit allen darin liegenden Chancen, Potentialen und Aufgaben, noch substantielle Verbesserungen der Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen vornehmen müssen. Denn eine umfassende **Bildungsbeteiligung aller** jungen Menschen ist der Schlüssel zur Überwindung von sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung.

Ein weiterer **quantitativer wie qualitativer Ausbau der Kindertagesbetreuung ist** unter der Perspektive von Integration und Inklusion zwingend notwendig.

Nach wie vor vollzieht sich ein überwiegender Teil der Bildungsprozesse junger Menschen außerhalb der Schule.

Auch Projekte wie „Demokratie leben“ wie Jugendforen, Demokratiekonferenzen, Jugendarbeit 3.0, JAMP, „Kosmos Verein“ etc. sind gelingende Beispiele, wie echte Beteiligung und kooperierende Mitwirkung junger Menschen an Bildungsprozessen aussehen kann. Diese Aufgabenfelder der Jugendhilfe gilt es weiter zu akzentuieren, um die Chancen an sozialer, kultureller, beruflicher und demokratischer Teilhabe aller jungen Menschen zu erhöhen.

**A<sub>6</sub>:Im Laufe des Jahres erwarten wir einen Bericht des Bildungsbüros.**

Wir erkennen den Bedarf einer Stellenerweiterung der Suchtberatung und Suchtprophylaxe und hoffen, dass die gute Arbeit durch eine zügige Klärung im Rahmen der Richtlinie 2.5.2. bald verstärkt werden kann.

Stolz können wir auf das jetzt ablaufende Modellprojekt „eine Kita für alle“ sein. Hier wird mit wissenschaftlicher Begleitung ein übertragbares Konzept für **Inklusion** entwickelt, das landesweit auf großes Interesse stößt. In einem Fachtag werden 2017 die Ergebnisse vorgestellt. Damit die zukunftsweisende Arbeit konzeptionell sinnvoll und breit in die Praxis transferiert werden kann

**A<sub>7</sub>:beantragen wir:**

- **die Einrichtung einer 50% Stelle eines Fachdienstes für Inklusion.**
- **Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Modellprojektes im JHA vorzustellen.**

Mehrfach haben wir es beantragt, umgesetzt ist es bisher noch nicht!

**A<sub>8</sub>:Wir fordern erneut die Einführung von Schulsozialarbeit mit einem Deputat von 50% für das Sonderschulzentrum in Göppingen!**

**Sozialausschuss**

Erfreulich ist, dass die längst überfällige Überarbeitung des Kreisaltenplans angegangen wird. Fachkräftemangel, Beteiligung der Kommunen durch das PNG III, fehlende Heimplätze, eine steigende Altersarmut- um nur ein paar Stichworte zu nennen ,werden für den Landkreis nicht kostenneutral zu bewältigen sein. Wir

**A<sub>9</sub>:erwarten, dass der Plan zügig erarbeitet und verabschiedet wird.**

Die StaufengGmbH-seit Jahren ein Aushängeschild für den Landkreis und äußerst erfolgreich dazu .Bedingt durch die Instrumentenreform schwebt seit langem ein finanzielles Damoklesschwert über dem Waldeckhof.

Bevor wir einen Antrag zu einer möglichen finanziellen Unterstützung stellen, beantragen wir

**A<sub>10</sub>:eine Anhörung zur aktuellen Situation des Waldeckhofes durch die Geschäftsführung im SA!**

### **Förderrichtlinien des Landkreises**

**A<sub>11</sub>:Wir bitten, diese im SA vorzustellen und zu überprüfen, ob diese noch zeitgemäß sind.**

### **Verwaltung/Finanzen**

Unser Eindruck ist, dass bei dem vorliegenden Entwurf im Vorfeld ein enges Finanzcontrolling stattfand –Sie haben es auch ausgeführt, Herr Stolz,-und dass mit dem Konzept die Vorhaben kalkulierbar bleiben.

Nicht jedoch die Risiken, wie z. B. starker Zuzug durch Flüchtlinge, sich weiter verschärfende Armut in unserem strukturschwachen Kreis, steigende Zahl von bedürftigen Kreisbewohnerinnen und Bewohnern. Gegenüber dem Vorjahr steigen 2017 die Transferaufwendungen um rd. 14,3 Mio € an!

Der Haushalt muss daher weiter auf Konsolidierungskurs gehalten werden. Aus Gründen der Generationengerechtigkeit kann und darf der Landkreis sich nicht maßlos verschulden, denn der Zusammenhalt muss auch über die Generationen hinweg eingefordert werden. Deshalb ist es weiter richtig und wichtig, alle Bereiche des Landkreishaushalts auf den Prüfstand zu

stellen, sowohl bei Sach- als auch bei Personalmitteln müssen kontinuierlich Effizienz- und Einsparpotenziale erschlossen werden.

Gleichzeitig dürfen aber die Investitionen in wichtige Zukunftsaufgaben nicht vernachlässigt werden. Es geht daher nicht um kaputt sparen.

Zusammenhalt fordert auch das Land, angesichts der Schuldenbremse 2020, was quasi das Finanzkonzept des Landes darstellt. Im Haushaltsplanentwurf des Landes für 2017 ist eine Erhöhung der Vorwegnahme aus dem FAG-Stock für die Kommunen von 200 Mio € enthalten. Die Landesregierung hat mit den Kommunalen Spitzenverbänden hier eine einvernehmliche Lösung gefunden und erhöht gleichzeitig zweckgebundene Aufwendungen für die Kommunen. Ohnehin sind die Einnahmen sprudelnd wie lange nicht. (Auf Basis der Mai-Steuerschätzung 2016 würde mit einer Steigerung der kommunalen Finanzausgleichsmasse zu rechnen sein, der Kuchen wird einfach größer; die Neuordnung der Bund-Länder-Finzen wird erst ab 2019 wirksam!) Und zur Kritik der SPD: Ex-SPD-Finanzminister Schmid hat das Fell des Bären bereits verteilt, bevor der Bär in Berlin erlegt war. Rund 400 Millionen sind in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes bereits eingestellt aus der Reform des Länderfinanzausgleichs, d. h. dies muss 2017 kompensiert werden.

Das Vorhaben, 2017 an der kommunalen Verschuldungsdiagnose teilzunehmen und somit externe Expertise zur Verschuldungssituation des Landkreises einzuholen, begrüßen wir ausdrücklich. Gerade mit Blick auf künftig wieder denkbare steigende Zinssätze ist ein genauer Überblick über das gesamte Schuldenportfolio erforderlich.

Uns ist noch wichtig, dass der Landkreis als Vorbild für Kommunen Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge schafft. Darüber hätten wir gerne mehr gewusst und beantragen

**A<sub>12</sub>: Informationen über die Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge nach dem Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen Fim“ und die Einrichtung möglichst vieler solcher Stellen.**

Selbstkritisch müssen wir zugeben, dass die Kreisumlage seit Jahren trotz Absenkung dem Landkreis ausreichend Spielraum geschaffen hat. Mit Hinblick auf die uns bevorstehende Verschuldung tragen wir die von der Verwaltung vorgeschlagene Höhe der Kreisumlage zunächst mit und erwarten, dass der Haushalt passgenauer wird- dies wurde uns aber zugesichert. Die Steuerkraftsummen sowohl des Landkreises als auch der kreisangehörigen Gemeinden sind gestiegen. Der berechnete Sozialaufwand und Erstattungen liegt über dem der Kreisumlage von 34,9 Prozentpunkten-für uns ein weiterer Grund, dem Vorschlag zu folgen!

Um zum Schluss nochmals auf den Anfang zurückzukommen:

Demokratie ist ein kostbares Gut, das weder durch Polemisierung noch durch Polarisierung beschädigt werden darf. Zusammenhalt in einer Gesellschaft entsteht da, wo Zusammenhänge begriffen werden.

Auch bei uns haben populistische Positionen, Unwahrheiten über bestimmte Gruppen, pure negative Emotionen und Demagogie Zulauf.

Die Chance, die wir ab sofort nutzen müssen, ist, die "Würde des Menschen" in den Mittelpunkt zu rücken. Diese ist die zentrale Basis für viele unserer Grundrechte, unantastbar und unteilbar. Dazu gehört, dass wir Politiker und Politikerinnen auf allen Ebenen zuhören und dass wir hinhören, Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen.

Und wenn Frau Aras das Grundgesetz 2017 in einer großen Wertekampagne als die wahrscheinlich beste demokratische Verfassung der Welt ins Rampenlicht rücken will, dann lassen Sie uns mitmachen und ganz klar für diese demokratischen Grundrechte eintreten!

Herzlichen Dank an die Verwaltung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Ihnen herzlichen Dank fürs Zuhören.

Für die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen

Martina Zeller-Mühleis

## **Anträge Bündnis 90/ die Grünen zum Haushaltsjahr 2017**

Die ständige Evaluation unserer Klimaschutzziele ist geboten, z.B. im Blick auf das angenommene Windkraftpotential.

**A<sub>1</sub>: Ein Zwischenbericht im nächsten Jahr ist dringend erforderlich.**

**A<sub>2</sub>: Wir bitten deshalb die Verwaltung zügig die Verhandlungen mit den Kommunen über mögliche Radschnellwegrouten aufzunehmen und diese auch mit den Bemühungen der Region Stuttgart zu koordinieren.**

Diese Woche kam ein erschreckender Bericht über den Zustand unserer Böden aufgrund eines zu hohen Düngemiteleintrages der Landwirtschaft. Gibt es hierzu Erkenntnisse im Landkreis Göppingen?  
Wir

**A<sub>3</sub>: beantragen einen Bericht.**

Inwieweit der Biobeutel uns tatsächlich durch eine lange Laufzeit des Vertrages erhalten bleiben muss hätten wir gerne gewusst und

**A<sub>4</sub>: beantragen eine rechtliche Überprüfung eines möglichen Ausstieges aus dem Vertrag.**

**A<sub>5</sub>: Wir beantragen einen Bericht zu der Dauer der Genehmigungsverfahren und zum Ist-Zustand der Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen sowie der Möglichkeiten die Zusammenarbeit mit den Kommunen zu stärken.**



**A<sub>6</sub>:Im Laufe des Jahres erwarten wir einen Bericht des Bildungsbüros.**

Damit die zukunftsweisende Arbeit konzeptionell sinnvoll und breit in die Praxis transferiert werden kann

**A<sub>7</sub>:beantragen wir:**

- **die Einrichtung einer 50% Stelle eines Fachdienstes für Inklusion.**
- **Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Modellprojektes im JHA vorzustellen.**
- **A<sub>8</sub>:Wir fordern erneut die Einführung von Schulsozialarbeit mit einem Deputat von 50% für das Sonderschulzentrum in Göppingen!**
- 
- **A<sub>9</sub>:erwarten, dass der Plan zügig erarbeitet und verabschiedet wird.**
- 
- **A<sub>10</sub>:eine Anhörung zur aktuellen Situation des Waldeckhofes durch die Geschäftsführung im SA!**
- 
- **Förderrichtlinien des Landkreises**
- 
- **A<sub>11</sub>:Wir bitten, diese im SA vorzustellen und zu überprüfen, ob diese noch zeitgemäß sind.**
- 
- **A<sub>12</sub>:Informationen über die Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge nach dem Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen Fim“ und die Einrichtung möglichst vieler solcher Stellen.**